

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anseht Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Um antizipierten Zeitungsbetrag mit „Saale-Zeitung“ eingetragenen.

Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Manuskripte nur mit Quittungsbogen! „Saale-Bl.“ gestattet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; Dr. Abonnementkassierin Hr. 1138.

# Saale-Zeitung.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Werbung im Spaltenpreise oder dem Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Dr. Ulrichstraße 63, 1 sowie bei allen anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntes die Seite 75 Pfg. für Halle und umwärts 1 Mt.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmahl.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Geschäftsstelle: Halle, Dr. Brunsstraße 17; Reichsgerichtsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Dr. Ulrichstraße 63 I; Telefon Nr. 591 u. 176.

## Die Einfuhrscheine.

II.

Nun überwiegt die Denkschrift aber vor allem, daß der Roggen früher bei niedrigeren Preisen in umfangreichem Maße zur Viehfütterung benützt worden ist, daß noch bei der Zolltarifdebatte gerade von agrarischer Seite angeführt wurde, daß 20 Prozent und mehr der Roggenenergie zur Viehfütterung dienen, ein Verhältnis, das bei dem geringen Proteingehalt des Roggens für die Viehfütterung an sich nicht erwünscht ist, wohingegen aber doch gerade für den kleinen Landwirt, der beim Verkauf seiner etwa überschüssigen Mengen Roggen nur einen weitestlich niedrigeren als den normalen Preis erzielen kann, die Verwertung des Roggens in der eigenen Wirtschaft seine erheblichen Vorteile hat. Durch die Differenz im Zollsatz zwischen Roggen und Futtergerste, die 3,70 Mfr. für den Doppelpentner beträgt, ist natürlich jetzt der Anreiz aus freigegeben, den Roggen auszuführen, bzw. ist der Roggenpreis so enorm gesunken, daß der Händler nunmehr aus dem kleinen Bauern, der bisher den Roggen in der eigenen Wirtschaft verbraucht, jetzt so hohe Preise zahlt, daß er diesen verkauft und dafür Futtergerste einführt. Natürlich hängt es ja auch immer sehr von der Qualität des Roggens ab, ob er eine Verkaufsware darstellt oder aus Vieh verfüttert werden muß. Ist die Ernte stark verregnet, was doch in unserem Klima leider oft genug vorkommt, so bleibt dem Landwirt häufig nichts übrig, als die besonders schlecht ausgefallenen Sorten zu verfüttern. Aber freilich, heut' ist es ja lohnend, auch den minderwertigen Roggen auszuführen; bekommt man doch dabei einen Einfuhrzoll über 5 Mfr. pro Doppelpentner. Für die Kenner der Verhältnisse ist es also unabweisbar, daß die starke Differenz des Roggens- und des Futtergerstenzollens in Verbindung mit dem System der Einfuhrscheine diese Viehenausfuhr in Roggen und Roggenmehl erst ermöglicht hat. Wenn im Erntejahr 1908/09 12 Millionen Zentner Roggen aus Deutschland mehr ausgeführt als eingeführt wurden, wenn daneben noch 2283 348 Zentner Roggenmehl exportiert werden konnten, so liegt das eben nicht ausschließlich an den getragenen Ernten, sondern eben an der künstlich gesteigerten Ausfuhr mit Einfuhrscheinen und dem Erlaß des Roggens durch Gerste. Räucherlich wirkt es aber geradezu, wenn die Denkschrift hervorhebt, daß bei Roggen, Weizen und Hafer die Preise sich überall besonders niedrig gehalten haben in den Jahren 1894 bis 1896, also in den ersten Jahren nach Beseitigung des Identitätsnachweises, und sie zum Schluß kommt: „Hieraus folgt, daß der Wegfall des Identitätsnachweises für sich allein eine Preissteigerung nicht bewirkt.“ Es ist doch selbstverständlich, daß der Zoll, der auch bei einer überreichen Inlandserteil seit dieser Maßnahme noch in Wirksamkeit treten kann, den Getreidepreis immer nur gegenüber dem Weltmarktpreis steigern kann und daß bei allgemein reichem Weltmarktpreise natürlich der Weltmarktpreis sinkt.

Die Denkschrift gibt zu, daß die Beschränkung der Einfuhrscheine zur Zahlung auf die Zölle derjenigen Waren, auf welche sie bei der Ausfuhr erteilt worden sind, „geeignet wäre, nachdrücklich auf eine Beschränkung der Ausfuhr hinzuwirken und ein Ueberstreiten der Einfuhr durch die Ausfuhr nicht nur bei Roggen und Hafer, sondern auch bei jeder anderen Fruchtart für immer zu verhindern.“ Sie spricht aber unmittelbar dahinter die Befürchtung aus, „daß in den nordöstlichen Gebieten dann von Spekulanten unter dem Namenverkaufte Scheine im Süden und Südwesten zur vertriehen Einfuhr aller in Betracht kommender Getreidearten benützt und auf diese Weise der Zollfuß für jene Gebiete teilweise unwirksam gemacht werden würde.“ Ist nun aber die Ausfuhr, wie das die Denkschrift selbst als die Folge dieser Beschränkung der Einfuhrscheine in Aussicht stellt, bei Roggen und Hafer weitestlich eingeschränkt worden, so sind doch auch so viel weniger Einfuhrscheine da, die zur Zollzahlung verwendet werden können, also kann eine Ueberfüllung des Südens und Südwestens durch mit solchen Zollscheinen bewirkte Getreideinfuhr doch gar nicht erfolgen. Aber solche logische Widersprüche gehen den Verfasser der Denkschrift nicht an.

Von Bedeutung ist schließlich aber ein Satz, den wir zum Schluß noch unterstreichen möchten. Er lautet:

„Einerseits ist die eigene Erzeugung an Getreide in Deutschland zu groß und die Möglichkeit, sie durch Zufuhr aus dem Ausland zu ergänzen, zu vielseitig, als daß nicht auch für besonders stark an der Ausfuhr beteiligte Gebiete für etwa dadurch veranlaßte fehlende Mengen bald Ersatz geschaffen werden könnte.“

Also die Möglichkeit der Getreidezufuhr aus dem Ausland ist so vielseitig, daß die von den Agrariern immer

wieder aufgestellte Behauptung, Deutschland müsse für den Kriegsfall dadurch gesichert sein, daß der ganze Bedarf an Getreide durch Eigenproduktion gedeckt werde, auch in dieser amtlichen Denkschrift gründlich desavouiert wird, und das ist das Beste an ihr.

## Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 21. April, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Gesetzentwürfe betreffend das

### Reichsschuldbuch.

Reichsfinanzsekretär Wermuth:

Die Vorlage ist ausgehändigt Hand in Hand mit einer gleichartigen in Preußen. Und nachdem der preussische Entwurf bereits zur Annahme gelangt ist, wäre es erwünscht, daß das auch ohne Bezug mit dem vorliegenden geschehe. Der Entwurf stellt sich zur Erleichterung der Eintragungen in das Reichsschuldbuch die Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs bei Eintragulierungen vor. Der Nachweis der Erbvererbung soll erleichtert werden, ebenso ferner die Zahlung der Zinsen aus außerhalb des Reiches. Auch die Beglaubigung von Urteilen soll erleichtert werden. Noch mehr aber soll der geschäftliche Verkehr erleichtert werden dadurch, daß alle Gebühren in Abgang kommen sollen mit Ausnahme derjenigen bei der Befugnis. Alle diese Maßnahmen werden getroffen nicht nur im Interesse der Gläubiger, sondern auch im Interesse des Reiches. In das Reichsschuldbuch sind bisher eingetragen 848 1/2 Millionen, das sind 18,64 Proz. der gesamten Reichsschuld. Aber die Vermehrung der Eintragungen in das Reichsschuldbuch kann nicht nur bewirkt werden auf dem Wege gesetzlicher Bestimmungen, sondern auch durch Werbungen. Und diese Werbungen werden sich die Reichsverwaltungen angelegen sein lassen. Die Hebung des Kurzes der Reichsanleihen, die durch Entlastung des offenen Anleihemarktes gefördert wird, ist im Interesse sowohl der Volkswirtschaft als der gesamten Anleihehaltung des Reiches von größter Bedeutung. Das allernützlichste Mittel hierzu ist freilich, daß das Reich und die Staaten und Gemeinden eine Finanzwirtschaft treffen, die es ermöglicht, neue Anleihen hintanzustellen, alte zu tilgen und dadurch den Markt zu entlasten und den Anleihen einen erhöhten Reiz zu setzen.

Abg. am Jahnhoff (Ztr.):

Jede Maßregel, die Reichsanleihen erhöhte Beliebtheit zu verschaffen, ist zu begrüßen. Die Vorlage verfolgt diesen Zweck und stimmen wir ihr daher zu.

Abg. Droscher (lonf.):

Auch wir stimmen der Vorlage zu. Eine Kritik erübrigt sich, nachdem schon das preussische Abgeordnetenhaus einen gleichen Entwurf angenommen hat. Die Verhandlungen hier haben nur noch den Zweck, die Zustimmung des Reichstages nach in erhöhtem Maße auf das Reichsschuldbuch zu lenken zum Vorteil des Kurzes unter Reichsanleihen. Treffend waren im Abgeordnetenhaus die Ausführungen des Finanzministers, dahingehend, daß auf die Anleihegesellschaften, auf die Genossenschaften, die Sparkassen, ferner auf die Lebens-, die Feuer- und sonstigen Versicherungsgesellschaften ein Druck in der Richtung vermehrter Anlegung von Befänden in Reichsanleihen ausgeübt werden sollte.

Abg. Drel (Ztr.):

erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Entwurf, der ohne Kommissionsberatung angenommen werden könne.

Abg. Bachnide (fortf. Vollsp.):

Gegen den Vorschlag, die Sparkassen zu verpflichten, einen gewissen Prozentsatz ihrer Bestände in Staats- und Reichsanleihen anzulegen, liegt doch das Bedenken entgegen, daß den Sparkassen daraus Verluste erwachsen können. Mit dem vorliegenden Entwurf sind auch wir einverstanden. Nachdem Preußen vorausgegangen ist, muß das Reich folgen. Aber wir heißen diese Bestimmungen auch um ihrer selbst willen willkommen, so besonders auch die Gebührenermäßigung.

Abg. Arendt (Reichsp.):

regt die Herausgabe eines Merkblatts über das Schuldbuch an, damit der kleine Sparer auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht werde. Daß durch die Eintragungen eine bedeutende Einwirkung auf den Kursstand der Anleihen erzielt werde, glaube er nicht, aber selbst eine nur bescheidene solche Einwirkung sei zu begrüßen.

Staatssekretär Wermuth:

bittet noch, einer Anregung des Abg. am Jahnhoff, auch die Lösungsgebühren weglassen zu lassen, nicht stattzugeben, äußert sich dagegen zu einer Anregung Bachnides entgegenkommend, peräussische Veröffentlichungen über den Stand des Reichsschuldbuchs erfolgen zu lassen.

Abg. Dore (Vollsp.):

Über von diesem Gesetzentwurf eine Hebung des Kurzes unserer Anleihen erwartet, ist ein Optimist. Das Publikum läßt sich nicht begeistern, wenn es ein Mißtrauen gegen die Finanz eines Staates hat. Trotzdem stimmen wir dem Gesetz zu, weil es manche Erleichterungen bringt.

Hierzu wird der Gesetzentwurf gleich in zweiter Lesung mit einer geringfügigen Veränderung (auf Antrag Bachnide) en bloc angenommen.

Es folgen Rechnungsachen, zunächst eine Einnahme- und Ausgabe-Uebersicht für die Kolonien von 1907. Die Erhebung erfolgt nach kurzen Darlegungen des Abg. Gerke (nfr.), die mit dem Bundesrat einverstanden sind, daß die Zeit kommen, wo Reichsschulden für die Kolonien nicht mehr nötig sein würden. Bei der Rechnung der kolonialen Ausgaben von 1901 fordert

Abg. Erzberger (Ztr.): eine Bescheinigung der Rechnungslegung und rügt, daß man in den Kolonien über die vom Reichstage bewilligten Ausgaben verfügen zu können glaube, wie man wolle. Die Feder würden nicht immer so verwenden, nicht zu dem Zweck, zu dem sie bewilligt seien, freilich sei begreiflich auch bei der Militäremwallung. Der Rechnungshof habe solches Verfahren mit Recht getadelt und erklärt, daß die Verwallung an den im Etat vorgesehenen Verwendungszweck gebunden sei.

Unterstaatssekretär v. Bindequill:

Die Rechnung ist schon 1904 vorgelegt worden, an der verpöbsten Behandlung ist also nicht die Verwallung schuld. Mit den vom Rechnungshof festgelegten Grundrissen ist die Verwallung einverstanden. Es wird auch bereits danach verfahren. Bei der zweiten Beratung der Uebersicht über die Reichsausgaben und Einnahmen für 1906 handelt es sich um Uebersichtsbeträge im Betrage von etwa 6 1/2 Millionen Mark.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Bei der Prüfung in der Kommission wurde eine Kabinettsorder des Kaisers erbeten, die die Etatsübersichtungen von 1905 genehmigte. Die Regierung rede sich mit einer Tradition heraus. Weitere Einlagen aus Bundesrat und Reichstag gibt es aber da nicht. Die Kommission hat die grundsätzliche Erörterung dieser Frage vertagt und sich für später vorbehalten.

Abg. Hengsbach (Soz.):

spricht in gleichem Sinne. Man hat sich in der Kommission auf Instruktionen aus dem Jahre 1824 berufen. Wir protestieren gegen dieses Verfahren, mit dem man dem Monarchen seinen Gehorsam tut. Die Verwallung des Kaisers bei der Vermählung des Königs von Spanien kostete 46 000 Mark. Das kann man aus der Privatkaufhalle beschaffen, aber nicht aus der Reichskasse, die im enigen Dales ist.

Schatzsekretär Wermuth:

Die grundsätzliche Frage bedarf tatsächlich noch der Erörterung und Klärung. Jedenfalls beruht dieses Verfahren auf einem alten Brauch. Ich stelle anheim, ob es beibehalten werden soll oder nicht.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Die Form gibt also der Schatzsekretär selbst preis. Für Empfangsfrüher Fiktion und Repräsentation gibt die französische Republik mehr aus als wir.

Abg. Hengsbach (Soz.):

In Frankreich sind wir ebenfalls in der Minderheit, sonst wäre es anders.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Die Sozialdemokratie gibt doch auch Gelder für Repräsentationszwecke aus. Deshalb hat die Rede des Abg. Hengsbach keinen Sinn und Bestand.

Abg. Hengsbach (Soz.):

Möge Herr Erzberger erst einmal seinen Verband klären. Schatzsekretär Wermuth:

Der Kaiser vertritt das Reich nach innen und außen. Die Gelder sind ausgegeben für Repräsentationszwecke des Reiches. Die Uebersichtungen werden genehmigt. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die

## Haftung des Reiches für seine Beamten.

Die Kommission hat die Haftung der Schutzgebiete auch für die eingeforenen Beamten beschloffen.

Abg. Dore (Vollsp.) befragt diesen Beschluß.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Ob wir schon heute die völlige Gleichstellung von weissen und farbigen Beamten beschließen können, erscheint mir zweifelhaft. Ich beantrage daher die Regelung durch Verordnung des Reichsanzaltz, wie sie im Entwurf steht, wiederzubehalten.

Abg. Schuke (Rp.), Abg. Hoth (wirtsch. Bgg.) und Abg. Holschulte (lonf.) stimmen dem Antrag Erzberger zu.

Abg. Dr. Jand (nl):

betont demgegenüber das Bedürfnis der Haftung des Reiches, das um so größer sei, je niedriger die Kulturstufe des betreffenden Beamten ist.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ob der Beamte weiß, rot, grün oder schwarz ist, ist für die Haftungspflichtigkeit gleichgültig. Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Antrag Erzberger angenommen, also die Bestimmung des Regierungsentwurfs wieder hergestellt.

Freitag 1 Uhr: Interpellation über das Mülheimer Eisenbahnunglück, Bierenanbeihilfe. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 21. April 1910.

Vom Ministerpräsidenten v. Trott zu Solz, Schwabachhoff, Präsident von v. Röscher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des

### Kultusetats

wird beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Ztr.):

Ich werde auf die sehr interessante schriftliche Rede des Abg. Hoth nicht eingehen, man muß erst die Erörterung der Akten hören, ehe ein Urteil darüber möglich ist. Wenn richtig ist, was Herr Hoth

dem Deutschen Lehrerverein vorwirft, so würden wir diese Entgegnung des Vereins in antichristlichem und antichristlichem Sinne ebenso beunruhigen wie das Zentrum. Aber wir haben den Eindruck, als habe Herr Schupp stark übertrieben, und Rückschlüsse aus seinen Behauptungen gezogen, die wir ablehnen. Selbst wenn bedeutende und bedauerliche Uebertreibungen einzelner radikaler Elemente in dem Verein vorgekommen sind, nehmen wir das nicht so tragisch, der Geist in der Lehrerschaft ist gesund und religiös, und solche Entgegnungen sind Ausnahmen, nicht die Regel. Der Herr Schupp hat die Schuldlosigkeit des Zentrums, selbst über die fehlenden Schulverhältnisse im Oben. In Polen sei die Ueberfüllung der Schulen besonders schlimm, während doch gerade dort die Schule als Hauptfaktor der Germanisation besser sein müsse, als überall anderswo. Die schiedenen Schulverhältnisse in Polen führten auch zur Abwanderung. (Rebh. Beifall.)

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Der Abg. Schupp hat es wie im vorigen Jahre wieder für gut befunden, ungeschickliche Angriffe gegen den deutschen Lehrerverein zu richten. Er als Kreisfunktionsinspektor sollte doch bei dem Glat für das Volksschulwesen in etwas anderem seine Aufgabe erblicken, als einen großen Teil der Lehrerschaft zu verdammen. (Rebh. Zustimmung links; Wohl! i. Ztr.) Er warf dem Deutschen Lehrerverein Sündelung zur Sozialdemokratie vor. Wenn man aber dem Zentrum insofern gewisser Vorkommnisse Hinnelung zur Sozialdemokratie vorwirft, dann werden die Herren immer außerordentlich nervös. Der Abg. Ernst hat schon betont, daß der Lehrerverein mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Der Abg. Schupp kann ja mit mir nach Straßburg zum deutschen Lehrerverein kommen. Da wird er aus eigener Anschauung sehen, daß der deutsche Lehrer ebenso gute Patrioten sind wie die Herren im Zentrum. (Rebh. richtig! links.) Der Abg. Schupp wird sicherlich als Kreisfunktionsinspektor auch Lehrer unter seiner Aufsicht haben, die dem Deutschen Lehrerverein angehören. Das kann nun der Abg. Schupp glauben, daß die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins in patriotischer, in religiöser und nationaler Hinsicht den anderen Lehrern nachsehen? Wenn das nicht der Fall ist, so ist es eine ungebührliche Unbilligkeit, in dieser Weise Vorwürfe zu erheben. (Rebh. Zustimmung links.) Zu erst hat Herr Schupp nur von einigen radikalen Heißspornen gesprochen, zum Schluß aber hat er den ganzen Deutschen Lehrerverein als freidenkerlich bezeichnet. Ich nehme zu seinen Gunsten an, daß er keinen Unterschied machen will zwischen religiös-liberal und freidenkerlich. (Sehr richtig! links.) Die „Preussische Lehrzeitung“ ist ein Privatunternehmen, die politisch auf dem Boden der fortschrittlichen Volkspartei steht. Das ist ihr gutes Recht, wie es das Recht des Deutschen Lehrervereins ist, auf dem Boden des Bundes der Landeslehrer zu stehen. Wenn Sie sich richtig informieren wollen über den Geist in der deutschen Lehrerschaft, so halten Sie sich an die Beschlässe der Lehrertage. Und die Lehrertage stehen auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts sein muß. Auf diesem Standpunkt steht auch der so viel angegriffene Kollege Teus. Die „Kreuzzeitung“ ist wohl nicht die richtige Kronzeugin für Vorgänge im Lehrerverein. Gegnerische Ansichten kommen auf den Lehrertagen durchaus zum Wort. Der Münchener Lehrertag hat mit 390 gegen 11 Stimmen die Beibehaltung des Religionsunterrichts beschlossen. Religiöse Probleme kennt das Zentrum nicht. Seine Anhänger beten nur nach, was andere ihnen vortragen. Wir aber treten ein für eine Reform des Religionsunterrichts und wollen damit den Kindern die Religion wieder lieb und wert machen. Vor allem sind wir gegen das Auswendiglernen eines großen Memorienstücks. Teus hat keineswegs Christen mit Mohammed und Confucius auf eine Stufe gestellt, sondern hat nur verlangt, daß die Kinder auch über die anderen Religionen aufgeklärt werden. Die Ausführungen des Herrn Schupp entsprechen nur dem Aergern darüber, daß Katholiken noch den Deutschen Lehrerverein angehören. Ich weiß das Zentrum dem Deutschen Lehrerverein angeschlossen, um so mehr werden ich die deutschen Lehrer um ihn scharen. (Rebh. Beifall links.)

### Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Herr Schupp hat nicht geredet, um Mißstände abzu schaffen, sondern aus parteipolitischen Gründen. Sein Hauptzweck ist, den Straßburger Bischof einzulagern zu werden. Das ist ihm nicht gelüht. Die Zurückweisung des Bischofs durch die reichsständliche Regierung war durchaus berechtigt. (Zustimmung links.) Wir vertrauen, daß auch die reichsständliche Regierung gegebenenfalls so vorgehen würde. (Beifall.) Wie kam ein Mann mit den Ansichten des Herrn Schupp Kreisfunktionsinspektor zu sein? (Rebh. Beifall links, große Unruhe und Widerspruch i. Ztr.) Wie kann er die Rechte des Staates gegenüber der Kirche vertreten? (Zustimmung links, Zuruf: Will er auch gar nicht!) Die Ansichten des Herrn Schupp mögen sehr ehrenwert sein, aber sie machen ihn untauglich für ein Amt, das ihn die Staatsaufsicht über die Schule überträgt. (Rebh. Zustimmung links.) Der Straßburger Bischof wollte eine Mauer zwischen der reichsständlichen und der übrigen deutschen Lehrerschaft aufziehen. Für diese nationale Gesfahr hat Herr Schupp natürlich kein Verständnis. (Sehr richtig! links.) Er hat die Lehrerschaft vor dem Minister des Atheismus begünstigt, das wird der Minister bestmöglich zurückweisen. (Sehr gut! links.) Abg. Schupp nahm für die Kirche nicht nur ein natürliches, sondern sogar ein übernatürliches Recht in Anspruch. Das heißt, offen ausgesprochen, daß die Schule ein Annex der Kirche sein müsse. Bei dem tiefen Unterschied zwischen Katholizismus und Protestantismus wundert mich, daß die Konfessionellen hier nicht auf unserer Seite stehen! (Sehr richtig! links.) Herr Schupp Rede erklärt sich nur so, daß das Zentrum dringend ein Agitationsmittel brauche und deshalb einen Kaktusanzug anziehen möchte. (Sehr richtig! links.) Aber darauf fallen wir nicht hinein! (Rebh. Beifall links.)

### Abg. Seidenroth (konf.):

Die Grundlagen des Katholizismus und des Protestantismus ist dieselbe. Beim Deutschen Lehrerverein bedauern wir, daß die radikalen Elemente sich immer mehr in den Vordergrund drängen. (Sehr richtig! rechts und im Ztr.) Wir verzweifeln aber nicht an der Zukunft unserer Jugend, weil wir auf den Geist unserer Lehrer, vor allem der Landeslehrer, vertrauen. (Sehr richtig! rechts, Wohl! links.) Geben Sie doch den Kindern die besten Lehren, die den Gottbildlichen helfen lassen. Hoffentlich geht die Rettung des Deutschen Lehrervereins bald in bessere Hände über. (Rebh. Zustimmung rechts und im Ztr., Unruhe links.) Politisch spricht bei uns hier in der ganzen Sache nicht mit (Gelächter links), nur das Christentum. (Sehr richtig! rechts.) Der Verein sollte die Bremer Forderungen erfüllen zurückweisen. (Zuruf links: Ist ja längst geschehen!) und möge er die Forderung der Abschaffung der Schulnachten zurückweisen. (Zuruf links: Kommt noch!) Im Religionsunterricht den Schülern möglichst viel Kenntnisse und die Ergebnisse der neuesten Forschung mitzuteilen, wäre zu verstehen, als möglich. (Zustimmung rechts und im Ztr., Wohl! links.) Es gibt gar keine gesicherten Kenntnisse. (Zuruf links: Nur der Glauben!) Der Redner wendet sich gegen die Abschaffung des Katechismusunterrichts und fordert Durchdringung des ganzen Schulunterrichts durch den Religionsunterricht. Der Religionsunterricht darf nicht entfallen, was in der Religionslehre aufgebaut wurde. (Rebh. Zustimmung rechts und im Ztr.) Deshalb muß die Kirche ein gewisses Ueberwachungsrecht haben. (Zuruf links: Wohl! rechts und im Ztr., Wohl! links.)

### Abg. Dr. Schupp (Ztr.):

Meine harmlose Rede scheint ein wirksamer Griff ins Weisheit gewesen zu sein! Wie ist die Presse gegen sie losgezogen! (Gelächter links.) Und wie viel Redner hat die Linke heute gegen mich herausgeschickt! Ich habe Ihnen doch gar nichts getan! Das „Berl. Tagebl.“ wirft mir ohne Grund Unpatriotische Verhöhnung von 66 000 ehenwertem Männern vor. Ausgerechnet das alte ehrliche „Berl. Tagebl.“ (Rangabnahme Hebertät.) Die Voss. Zeitung mich sogar einen faßmännlich gebildeten Redner. Herr Schupp hat keine meine Karte widerlegt, und Dr. Friedberg hat auf meine Anteilnahme! verwiesen. Das Unfandgefühl verleiht, die Verantwortung für Abgeordneten hier hinein zu setzen. Wenn ich nichts anderes vorstelle, so wissen Sie, warum. (Heiterkeit.) Will wollen nicht, daß eine große Masse der Lehrerschaft für die Simultanschule nicht. Man will den Religionsunterricht nur noch beibehalten, weil man ihn jetzt noch nicht beibehalten kann. Der Straßburger Bischof hat nur aus weltlichen Gründen die Lehrer gewarnt. Die liberale Lehrerschaft im Reichsland hat den Bischof und die Konfessionsschule noch härter angegriffen, als die übrigen Lehrer. Abg. Dr. Friedberg hat hier einen Abgeordneten als Beamten in elender Weise benutzert! (Rebh. Zustimmung im Zentr., Unruhe und Widerspruch links, Ruhe: Zur Ordnung!)

### Präsident v. Köster

rufft den Redner zur Ordnung. Er diese sagen, daß ein Abgeordneter benutzte, aber nicht, daß er in nicht zutreffender Weise denutzte.

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Die Bezeichnung Zerstört ist kein Schimpfwort, wie Herr Schupp behauptet. Er hat die ganze Lehrerschaft des Freidenkertums bezieht, ist aber den Beweis schuldig geblieben. In Baden hat sich das Zentrum mit der Simultanschule abgefunden. Bezeichnenderweise hat Herr Schupp immer vom Straßburger Bischof und „seiner“ Lehrerschaft gesprochen. Es sind aber Lehrer des Staates! Mit keinem Urteil über den Deutschen Lehrerverein hat Herr Schupp selbst unter seinen Fachkollegen wenig Ansehen. Auch in Zukunft werde ich von dem Grund ausgehen, daß auf einen großen Klotz ein großer Stein gesetzt. (Rebh. Zustimmung links.)

### Abg. Schupp (Ztr.):

Ich fühle mich geschlagen und verzichte. (Heiterkeit im Ztr.) Ein Schlafentzug wird gegen die Linke angenommen.

### Abg. Ernst (Vp.),

daß ihm die Gelegenheit genommen werde, die Zerstörer des Abg. Schupp zu widerlegen.

### Abg. Schupp (Ztr.)

bezeichnet seinen Ausdruck „Der Bischof und seine Lehrer“ als einen Lapfus linguarum. (Lachen links.) Beim „Präparandenwesen“ regt

### Abg. Wentorf (nl.)

eine sorgfältigere Pflege der Gärten der Präparandenanstalten an.

### Abg. Ernst (Vp.)

begrüßt es, daß die letzten Präparandenanstalten alle in Verbindung mit Seminaren geschaffen werden.

### Weim „Turnlehrer-Bildungswesen“ fordert

### Abg. v. Schandendorf (nl.)

daß der Turnunterricht in Seminar nur von ausgebildeten Turnlehrern erteilt werden darf. Eine gute körperliche Ausbildung der Jugend liegt im Interesse des ganzen Volkes.

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Die größtenteilsige Jugend sollte auch nach der Entlassung aus der Schule mehr Sport treiben. Die größeren Kommunen sollten sich darum mehr kümmern.

### Abg. Schmedding (Ztr.)

spricht im gleichen Sinne.

### Kultusminister v. Trott zu Solz

spricht sich gegen den obligatorischen Spielnachmittag aus. Man sollte nicht jede freie Stunde der Schüler belegen. Eines besonderen Ansporns, für die Förderung der Leibesübungen zu sorgen, bedürfte die Unterrichtsverwaltung nicht. Man sollte lieber die breite Öffentlichkeit mehr dafür interessieren.

### Abg. Casfel (Vp.)

Einen Zwang bei der Einrichtung von Spielnachmittagen wünschen wir nicht. Wenn die Sportvereinigungen die Schüler selbst über die Aufnahme entscheiden dürfen, so werden oft Stand und Konstitution zu sehr in den Vordergrund geschoben. Das wollen wir nicht.

### Abg. Dr. Hingmann (nl.)

hält einen gewissen Zwang für notwendig.

### Abg. Dr. Heßnecht (Konf.)

spricht Beschwerde über das Vorgehen bei sozialdemokratischen Jugendorganisationen.

### Kultusminister v. Trott zu Solz:

Wir fördern alle Turnbestrebungen, die die Königstreue auf ihre Fahne geschrieben haben. Wenn wir alle Bekleidungen anwenden, dann tun wir das allen in Betracht kommenden gegenüber, nicht bloß gegenüber den Sozialdemokraten.

### Abg. Hamboße (nl.)

Unser Volk auf dem Lande muß wieder spielen und singen lernen.

### Weim Titel „Schulaufsicht“ tritt

### Abg. Keeternig (Ztr.)

für die geistliche Ortsfunktionsinspektion ein.

### Abg. Seidenroth (konf.)

fordert für Vitruven die Zulassung der Vitruvianer Sprache im Religionsunterricht und weist auf die Bedeutung der geistlichen Schulaufsicht hin. Der Redner weist Vorwürfe gegen den positiven Neuen preussischen Lehrerverein zurück.

### Abg. Schwarz v. Hinstadt (Ztr.)

empfehlte die geistliche Ortsfunktionsinspektion. Der Redner wendet sich gegen die Koeduktion.

### Gesamt der Lehrerinnen für Weibliche gefordert

### Abg. Ernst (Vp.)

verlangt eine pädagogische Vorbildung für die Schulaufsichtoren, daran fehle es bei den Geistlichen.

### Abg. Schwabach (nl.)

fordert für die litauischen Bezirke die Zulassung der litauischen Sprache im Religionsunterricht.

### Das Haus vertagt sich.

### Weiterberatung: Freitag 11 Uhr.

### Schluß 4 1/2 Uhr.

# Deutsches Reich.

## Der Schiedspruch im Berliner Bau-gewerbe.

# Die Annahme des bereits mitgeteilten Schiedspruches im Berliner Baugewerbe wird seitens der Organisation der Arbeiter in der Bauindustrie im allgemeinen für wahrscheinlich gehalten. Dies gilt besonders für die Maurer, obwohl sich bereits in einzelnen Bezirken eine heftige Opposition dagegen bemerkbar macht. Auch die Arbeiter sind in ihrer großen Mehrheit entschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Beide Parteien müßten sich bis zum 23. d. M. erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen oder ihn ablehnen. Der für Groß-Berlin maßgebende Vorstand der Bauarbeiter wird noch eine Generalversammlung abhalten und eine Denkschrift über die Lage in Berlin herausgeben. Mit der Einigkeit der Arbeiterseite scheint es überigens, wenn der „Tag“ recht orientiert ist, nach wie vor schlecht bestellt. So berichtet man aus Köln:

Im gesamten westdeutschen Gebiete ist die durch die Bauarbeiterausperrung geschaffene Lage höchst verwerflich, weil die Bauunternehmer die einseitige Durchführung ihrer Maßregeln nicht erreichen können. In zahlreichen oberdeutschen Städten wurde die Bauarbeiter nicht ausgesperrt. Die Arbeiter gehen ihnen ungehörten Gang. In einzelnen mittelrheinischen Städten wurde zwar ausgesperrt, indessen übertrug man die Geschäftsführung größerer Bauten anderen Personen, so daß ruhig weiter gearbeitet wird. Auch im Gebiet des mitteleuropäischen Arbeiterverbandes wurde die Aussperrung nicht allseitig vorgenommen. In einzelnen rheinischen Städten macht sich das Bestreben der Behörden geltend, vermittelt einzugreifen. Jedoch machen die in Betracht kommenden Oberbürgermeister eine Vermittlung davon abhängig, daß beide Teile darum ersuchen.

## Die Zukündigkeit des Reichsgerichts.

# Auf Anregung der Vorkosten der Berliner Kaufmannschaft sprach gestern im Beethoven-Saal zu Berlin im Wirklichen Geheimrat Prof. Dr. W. Bach aus Leipzig über den Gesekentwurf betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts. Redner besprach zunächst die Bedeutung, die der Gesekentwurf in Kaufmanns- und Industriekreisen erregt hat und beachtete sodann die Uebertragung der Zuständigkeit des Reichsgerichts. Er nahm zu dem oft erhobenen Vorwurfe Stellung, daß deren Artikel sich gar leicht in theoretische Breiten verlieren. Er bezeichnet dies als ein Produkt des deutschen Lebens und der deutschen Grundstimmung. Die Ursache der fortwährenden Belastung des Reichsgerichts sah der Redner in dem andauernden Anwaschen der Bevölkerung, der allgemeinen Hebung der Wirtschaftslage und in dem rascheren Arbeiten der Gesekmacherei. Novelle ergab Novelle, wie ein Uebel das andere gebäre. Weiter erörterte der Vortragende die Mittel, die man zur Entlastung des Reichsgerichts vorge schlagen hat. In diesem Zusammenhang erwähnte Geh. Rat Bach die Beseitigung des Besekes, das den Senatzen täglich 1-1 1/2 Stunden Zeit in Anspruch nehme. Da im Jahre ungefähr 1700 Besekwerden zu erledigen sind, würde dadurch eine Zeitersparnis und eine entsprechende Entlastung stattfinden. Dagegen sprach sich der Redner gegen die Aufhebung der Patent- und der preussischen Sachen aus, die dann am das Kammergericht verwiesen werden sollten. Geh. Rat Bach hielt diese Lösung der Katastrophe für eine sehr unglückliche, weil dadurch der Partikularismus in unerwarteter Weise gefördert werde. Im weiteren Verlaufe des Vortrags fuhr der Redner in der Kritik des Gesekentwurfs fort und wandte sich gegen das Differenzsprinzip.

## Die schwarzen Listen.

(Von unserm #-Korrespondenten.)

Essen a. N., 21. April.

Wie erinnerlich, wurde im Reichs- und Landtage heuerzeit die Frage der Straflosigkeit bzw. der Rechtsfähigkeit der sogenannten „schwarzen Listen“, unter Benutzung dieser der rheinisch-westfälischen Gesekherband gegen kontraktfrüher Arbeiter vorging, behandelt. Diese für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und -nehmer wichtige Frage ist nun vom Essener Landgericht entschieden worden. Das Gericht erkannte an, daß dieses Mittel zur Bestrafung kontraktfrüher nicht gesetzlich, wohl aber eine Aussperrung auf mehr als 6 Wochen ungesetzlich ist. Es handelte sich um eine Schadenersatzklage, die neu dem sozialdemokratischen Arbeiterverband angehörige Besekerte gegen den Besekherverband wegen Aussperrung auf 6 Monate zufolge Kontraktbruchs angezettelt hatten.

Nach eingehender Verhandlung erging das Urteil dahin, daß die Klage abgewiesen wird, insofern Schadenersatz für die ersten 6 Wochen nach der Aussperrung geschadet wird, daß aber im übrigen der Klagenanspruch aus dem Grunde nach als gerechtfertigt erklärt wird. Demnach hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß eine Aussperrung wegen Kontraktbruchs auf die Dauer von über 6 Wochen hinaus gegen die guten Sitten verlißt.

# Parlamentarisches.

## Die Wertzuwachssteuer vor der Kommission.

Die Kommission des Reichstags für den Gesekentwurf betreffend die Wertzuwachssteuer setzte die Beratung des 8. Titels nach längerer Beschäftigungsdebatte erklärte ein Regierungsvertreter gegen den gestern mitgeteilten Antrag der Reichstags. Bei der Abstimmung über den 8. Titel wird entsprechend den Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen vor dem Worte „Wertzuwachs“ eingefügt ohne Zutun des Eigentümers entstandenen“ und der 8. Titel alsdann angenommen.

Wißag 2 erhielt folgende Fassung:

„Betragt der Veräußerungspreis ohne die im 8. Titel angeführten Wäghe bei bebauten Grundstücken nicht mehr als 20 000 M., bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 M., so bleibt ein nicht mehr als 50 Prozent des Erwerbserwerbes betragender Wertzuwachs von der Steuer frei, sofern der Veräußerer weder den Grund-

Handel gemeinschaftlich betreibt, noch ein Jahreserlöshöhen von mehr als 2000 M. hat."

§ 3 bestimmt: „Dem Uebertrager des Eigentums an Grundstücken und diesen gleichgearteter Berechtigungen steht die Uebertragung von Rechten an dem Vermögen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Kommanditgesellschaft, Gewerkschaft, eingetragenen Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer offenen Handelsgesellschaft, wenn zum Gegenstande des Unternehmens einer dieser Gesellschaften die Verwertung von Grundstücken gehört und mindestens ein dieser Gegenstände besteht.“

§ 4 wird die Biffer 4 wie folgt gefaßt: „Die Zustimmung wird nicht erhoben bei Ueberlassungsverträgen zwischen Eltern und Kindern sowie deren Abkömmlingen, wenn dadurch land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich genutzte Grundstücke zur Fortsetzung dieser Nutzung übertragen werden.“

§ 5 (Ermittelung des Wertmaßstabes) wird in folgender Fassung, die auf einem Entwurfsentwurf beruht, angenommen: „Von dem Preise kommt der Wert der Erzeugnisse des Grundstückes in Abzug, solange sie mit dem Boden zusammenhängen.“

### Kleine politische Nachrichten.

**Parlamentarisches aus Sachsen.**  
Wie aus aus Dresden gemeldet wird, nahm die Zweite Sächsische Kammer in ihrer gestrigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über die Brand- u. Versicherungs-Anstalt mit einigen Abänderungsanträgen, die in der Kommissionsberatung gefaßt worden, an. — Die Erste Kammer beschäftigt sich gestern mit der Wahl von 3 Mitgliedern und 2 Stellvertretern in den Staatsgerichtshof. Die Wahl wurde durch Zufall vorgenommen. Später wurde sich die Kammer dem Zutritt-Act, über den Oberbürgermeister Dr. Dietrich in Leipzig referierte.

**Der Ertrag der Zigarettensteuer**  
im deutschen Zollgebiet wird jetzt für das Jahr 1909 amtlich mitgeteilt. Er beträgt nicht weniger als 21,996, 776 Mark, also fast 22 Millionen Mark, während er im Etat nur auf 15,3 Millionen Mark veranschlagt war. Der Zigarettenabtax hat davon nur rund 600 000 M. gebracht. Die gangbare Zigarette war die mit einem Kleinverkaufspreis von 1 1/2 bis 2 1/2 Pfg.; sie erbrachte den größten Steuerwert mit 6,9 Millionen Mark.

### Sof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm gestern vormittig im königlichen Schloß in Homburg vor der Höhe den Vortrag des Chefs des Militärabtinets, Generals der Infanterie Freiherrn von Gander, entgegen. — Dem Reichstagsler Dr. von Weismann folgte die Kenntnis zur Anlegung des italienischen Kammerparlamentens erteilt worden.  
Die Hochzeit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen mit der Prinzessin Margarethe von Ratibor ist auf den 23. Mai d. J. festgesetzt worden.

## Ausland.

### Eine furchtbare Ballon-Organperung Deutschlands

Zur photographischen Aufnahme sämtlicher französischer Festungen enthält der militärische Korrespondent des „Kabinets“ aus Rom seinem Blatte.  
Der Kaiser und sein Generalstab schreiden darnach vor seinem Großvater zurück, um die „große militärische, telegraphische und strategische Karte der französischen Festungen“ von der belgischen zur italienischen Grenze entwerfen zu lassen. Zur Sicherung dieses großartigen Planes seien bereits Ueberwachungsposten mit Ballons in Monaco, Ventimiglia, Cort, Turin, Genoa, im Großeroggen-Luzemburg und in den Grenzgebieten der Reichslande und Belgien errichtet. Der Maß bestreife darin, an holländischen Lagern die Ballons in der Nähe der französischen Grenze aufzulegen zu lassen und unter Führung eines zuständigen Offiziers, immer natürlich in Zivil mit verstelltem Namen wissenschaftlichen Apparaten, besonders Telephotometern, Clichés aus der Ferne aufzunehmen, die für Nachsichtgewichte nebsthaft erscheinen, die aber die intimsten Einzelheiten der französischen Festungen enthüllen. Welche der Ballon auf französisches Gebiet hinübergeworfen und dort zum Landen gezwungen, so werden die wertvollen Clichés Brietanden anvertraut und die Telephotometer gebrochen und über Bord geworfen.  
Die Entente mit England scheint sich in bezug auf die Furcht vor deutschen Angriffen und Ueberfällen bereits auf die Franzosen abgefaßt zu haben.

### Republikanische Einfachheit.

§ Der vom Republikantenhaus der nordamerikanischen Union eingeleitete Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat einstimmig beschlossen, eine vom Senator Root entworfene Bill über die Annahme von Auszeichnungen und Geldern, die von fremden Herrschern oder Staaten amerikanischen Offizieren oder Beamten angeboten werden, dem Plenum nicht vorzulegen.  
Der Ausschuss stellt sich auf den Standpunkt, daß nur Gehälter und Ehrentitel, die von wissenschaftlichen Gesellschaften oder Universitäten kommen, angenommen werden dürfen. Was die Orden anbelangt, so findet der Ausschuss, es entspricht nicht der Würde eines Republikaners, sich mit solchen Dingen zu befassen; ein fernerer Grund, der sowohl für Dekorationen wie für Gehälter gilt, ist, daß die amerikanische Regierung sich nicht veranlassen könne, es werden demnach auch fernerhin 200 Knopflöcher, für deren Schmuck ausländische Herrscher zu sorgen versuchen, verworfen bleiben.

30 Offiziere werden nach wie vor von gewöhnlichen Kriegeren ablesen müssen, wenn es wieder Zeit ist, in den bunten Rock zu fahren, anstatt daß sie die im Schutze wohlverwahrten, mit Diamanten besetzten Zettelmesser, welche fremde Kavalarien besitzen, benutzen dürfen, und — wohl noch das Beste — die ihm der Militärbehörde, nur aus der Ferne bewundern. Nicht ganz vorher hatte der Ausschuss das Projekt, prächtige Gefährte für die amerikanischen Diplomaten im Auslande zu errichten, verworfen. Es sollte in der Diplomatie kein Snobismus gepflegt werden, hieß es.

### Kleine Tagesnachrichten.

**Die Kapitäne des Oesterreichischen Nordsee**  
liegen die Drohung mit dem Streik sowie die Befestigung eines Termins für die Bewilligung ihrer Forderungen fallen. Auf Grund dieser dem Ratse des Handelsministeriums entsprechenden Vorbedingungen wird nunmehr weiter verhandelt.  
**Robebers Reformen.**  
Es scheint jetzt, als ob am 21. Mai die Reformresolutionen Nord Robebers und in der darauffolgenden Woche die Reformresolutionen der Regierung im englischen Parlament zur Verhandlung kommen werden. Damit ist eine einwige Krisis jedenfalls bis Anfang Juni hinausgeschoben.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 22. April.

### Die Zahl der Ausgesperrten

im Baugewerbe wird von den Arbeitern auf 1206 angegeben. Danach wäre sie um etwa 354 niedriger, als der Arbeitsgebern sie festgestellt hat.  
Vielleicht läßt sich die Differenz in der Weise erklären, daß ein Teil der von dem Arbeitgeberbund Ausgesperrten sofort bei anderen nicht dem Verbands angehörigen Arbeitgebern Aufnahme gefunden hat, so daß also sowohl die eine wie die andere Zählung durchaus richtig wäre.

### Stadtheater.

#### „Des Meeres und der Liebe Weib.“

Susanne Korns Abschiedsbeneiz hat alle ihre Verehrer gestern abend ins Stadtheater gelockt, — bis auf den letzten Platz war das Haus ausverkauft —, um die liebste Künstlerin, die uns nun wirklich verlassen will, nochmals in ihrer Lieblingsrolle, der Hero, zu sehen.

Fraulein Kornow legte in die lebende Priesterin all ihre Wichtigkeit und anziehende Weiblichkeit, die sie hier so schnell beliebt gemacht hat und die sie für alle großen Frauengestalten des klassischen Dramas und für alle atemberaubenden modernen Frauenrollen zu einer erstklassigen Vertreterin macht.

Sie spielte gestern abend das erste Weib, das die Gefühle für die Natur und die Kindesliebe ebenso tief in sich birgt, wie sie die feinsten Spielereien der Genoffinnen haßt, mit Größe und Stolz, das lebende Weib mit sanfter Energie. Das Publikum war von der Dichtung ergriffen und spendete der Künstlerin nach jedem Akt reichen Beifall, der sich zum Schluß zu herzlichen Ovationen steigerte. Im übrigen stand die Aufführung nicht auf der Höhe. Am besten wurde der vierte Akt gespielt, der auch gut inszeniert war. Mehr über die Einzelheiten heute abend. P. S.

#### Abschiedsbeneiz für Hans Bergmann.

Das von der Direktion des Stadtheaters dem bestechenden Bariton Herrn Bergmann bewilligte Abschiedsbeneiz ist auf den 27. d. Mts. festgesetzt.  
Bergmanns Scheiden von unsrer Bühne, auf die der Künstler so manne prächtige Gestalt gestellt, von der herab er so oft zu uns gesprochen, wird von dem „Glocken des Eremiten“ eingeläutet; der Sänger kreuzt die Partie des Belamy.  
Als Gast wirkt an dem Abend Fraulein Louise Fiedliger, die erste Opernsoubrette des Leipziger Stadtheaters, mit. Die Sängerin singt die Partie der „Roi de France“. Die uns vorliegenden Kritiken über diese Künstlerin sind glänzend.

Statt der ursprünglich in Aussicht genommenen „Walzertraum“ Aufführung wird am kommenden Sonntag 1/2 Uhr als letzte Frenenvorstellung bei ermäßigten Preisen die unverwundliche Strauß'sche Operette „Die Fiebermaus“ in Szene gehen.  
Die Direktion hat für die Partie der Welse Frau Mizzi Binder (Halle) verpflichtet, die bekanntlich an dem Stadtheater'schen Benefizabend in dieser Gastrolle große Triumphe feierte.

#### Der Riesenhut im Theater.

Auch in Halle besteht vielfach noch die häßliche Gewohnheit, daß die Damen in den Theatern auf den besten Plätzen zum Entzünden derer, die in der zweiten Reihe sitzen, ihre Riesenhüte auf dem Kopf behalten. Da könnte man nur wünschen, daß alle die, so es angeht, sich die Pointe folgenden Berichtes merken, der der „Frankf. Ztg.“ aus London zu geht:  
Ein Streit um das Recht der Damen auf Hüte, welche anderen Leuten im Theater die Aussicht auf die Bühne rauben, beschickigte gestern das Polizeigericht in Bow-Street. Klägerin war Mrs. Cardwell, Beklagter Herr Curzon, der Direktor des Prinz von Wales-Theaters. Die Klägerin behauptete mit einer Freundin eine Vorführung der „Waisenkinder“ in diesem Theater. Beide Damen erlitten gegen Ende des ersten Aktes und ließen sich mit ungeheuren Hüten im Parkett nieder. Ein hinter ihnen sitzender Herr erjuchte sie in erregtem Tone, ihre „lächerlichen Hüte“ abzunehmen; am Ende des Aktes fragte er die Klägerin nochmals, ob sie ihren „aburhen Hut“ entfernen wolle. Mrs. Cardwell weigerte sich, das zu tun; sie stieß auf dem Standpunkt, daß das Abnehmen des Hutes eine reine Gefälligkeitsfrage ist, die nur bei häßlichen Beneizmen gemährt zu werden braucht. Der Hutgegner wandte sich nun an den Direktor, dieser ließ die

Damen herauskommen, erjuchte sie, die Hüte abzunehmen, und wies sie, da sie sich beharrlich weigerten, aus dem Theater. Er ließ ihnen gleichzeitig das Geld für die Billette zurückgeben. Mrs. Cardwell verklagte Herrn Curzon wegen tätlichen Angriffs, die Zeugenausfrage ergab aber, daß der Direktor die Damen nicht, wie behauptet wurde, angerührt hatte. Der Richter stellte sich auf die Seite des Direktors, wies die Klage ab und verurteilte Mrs. Cardwell in die Kosten. Er sagte, die Klägerin sei augenscheinlich entschlossen gewesen, andere Leute am Zuschauen zu verhindern, denn hinter dem Hut, den sie im Theater und auch in der Verhandlung trug, sei es unmöglich, auf die Bühne zu blicken. Im Theater müsse man sich vernünftig beneizmen; die Zuschauer seien kraft einer Erlaubnis das; in jedem Augenblicke zurückgenommen werden könne. Der Wunsch, das Stück zu sehen, dürfe den Besucher nicht vergessen machen, daß die anderen es auch sehen wollen.

#### Danny Garkle.

— der auch in Halle wohlbekannte Kabarettist —, der Gozialaristokrat, wie er sich jetzt nennt, wurde in Bremen am Dienstag mittels Krankenwagens aus einem Hotel nach dem Krankenhaus an der St. Jürgenstraße befordert.  
Der „König der Bohème“, der seit einigen Wochen sich in Bremen aufhält, soll pflüchlich schwer nerventant geworden sein.

#### Der „Sängerbund an der Saale“.

ein dem großen „Deutschen Sängerbund“ angegliederter Sängerbund mit 10 Vereinen und nahezu 400 Sängern, wird im Herbst in Halle ein Bundesfest abhalten.  
Nach kürzlich erfolgter Festsagung wird die Veranstaltung in einem großen Saale und Instrumentalkonzert unter Leitung von Musikdirektor Rißi Wurmbeiß abgefaßt. Als Hauptwerke sind in Aussicht genommen: Franz Schuberts „Hymne, Herr unser Gott“, E. Kremers „Sechs altdeutsche Volkslieder“ und Franz Mikoreys Chorwerk „Nordische Sommernacht“.

#### Festlichkeiten.

Zu den zahlreichem geliebten Lieblingen, welche bereits aus dem fernem Winterquartieren in den Waldungen eingetroffen sind, hat sich nun auch die Königin der geliebten Sänger, die Hageflegel, geellt. Wir melobendlicher Schlag wurde gestern mittag zum ersten Male vernommen. Auch der Klavier ist gestern geliebt worden, aber sein Ruf wurde noch nicht gehört.

**Im Neuen Theater** hatte Frä. Hedwig Reinau gestern ihren Abschieds-Chronabend. Sie hatte sich hierzu das naturhistorische Drama die „Hau u. der Leber“ gewählt, mit dem einst Ernst v. Wildenbruch, alt-ertraute Bühnen verlassen, sich auf ein ihm weniger liegendes, modernes Gebiet wagt. Wildenbruchs Kunst verstaute aber auch hier nicht, und dieses Schauspiel der „kleinen Leute“, mit dem der Autor seinerzeit gewissermaßen eine Verbeugung vor dem gerade hoch gekommenen Gesamtd machte, hat sich bis auf den heutigen Tag lebensefähig und bühenfruchtig erwiesen. Es stellte auch gestern abend das Publikum, das der Darstellerin der Titelrolle lebhaftes Ovationen brachte und viele duftige Blumenarrangements spendete. Im Spiel war die Benefiziantin dieselbe, wie wir sie vor Jahresfrist sahen — dieselbe in ihren Fehlern, wie in ihren Vorzügen. Die besten Leistungen des Abends boten die Herren Gros (Als Schmalenbach) und Lindag (Bittgehalte Jeseb). — Das Haus war gut besetzt.

#### Heute abend Näheres.

**Meisterprüfung.** Herr Franz Bangerter hier hat vor der Meisterprüfungskommission die Meisterprüfung für das Wiederhandwerk erworben.  
**Das dritte Mitteldeutsche Zimmerfächigen-Bundesfesten** findet vom 18. bis 21. Juni in Merseburg statt. Das Festen soll ein großartiges Volksfest mit Volksbeteiligungen aller Art werden. Die Merseburger Zimmerfächigen haben dazu ein eigenes Schloßhaus erbaut. Auch sind schon viele Ehrennamen von Bürgern der Stadt Merseburg gestellt worden. Der Zimmerfächigenbund ist im Laufe der vergangenen Jahre erheblich gewachsen, da sich noch Halle, Magdeburg und Erfurt sehr stark beteiligt haben.



### Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die in demselben in vollem Umfang der G. Sonder verantwortlich.)

#### Die Maifestspiele im Stadtheater.

Die gefaßte Direktion des Stadtheaters legt unlangst in einem Eingangs dar, daß Aufführungen zu ermäßigten Preisen auch mit höchster Subvention unmöglich seien. Das war einleuchtend und nicht zu widerlegen.  
Sente möchte ich noch einen anderen Vorstoß bringen, der wieder dasselbe Ziel verfolgt: Aufführungen zu kleinen Preisen. Könnte nicht die Generalprobe für einen geringen Preis der Leserkreise freigegeben werden? Dadurch würde doch der Direktion noch leicht ein finanzieller Vorteil erwachsen können, während die Schwierigkeiten, die Künstler noch länger zu verpflichten, in Wegfall kommen.  
So könnte vielleicht allen geholfen werden.

## Provinzial-Nachrichten.

#### Mainz-Bez.

**Magdeburg, 20. April.** Ein Antrag der Sozialdemokraten am 1. Mai hier ist — zum ersten Male — vom Polizeipräsidenten erlaubt worden. Das betreffende Schreiben an den sozialdemokratischen Verein lautet:  
Magdeburg, den 19. April 1910.

Auf Ihren Antrag genehmigt ich für den 1. Mai dieses Jahres demnächst 11 Uhr einen Aufzug mit General-Festlichkeit zu Ehren von der Spielergesellschaft durch die Wilhelmstraße, Kaiserstraße, Baumgartenstraße, Königstraße, Mittelstraße bis zum Rotenbors, da nach Lagezeit und Richtung des Aufzuges eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist, unter folgenden Bedingungen:

Es ist stets die rechte Seite des Fischbeckens innenabzuheben; auf dem Reiter Weisheitlich ist der höchste Fischdam zu benutzen; der Strohschiffbau-Berlei darf nicht gehindert werden; die Königbrücke ist ohne Zutritt zu passieren; den Befehlen der polizeilichen Aufsichtsbeamten ist Folge zu leisten. Allen.

### Ein Räuberstück.

**Reinerich (Witterfeld), 20. April.** Vorige Nacht gegen 12 Uhr wurde bei dem hiesigen Windmühlenspeicher Albert Turich angeknipst mit der Kunde: „Im Dorf bei Herrn Gastwirt Meiß brenne es.“ Schnell heilte sich Turich zum, um Hilfe zu leisten. Gleich nachdem Turich weg war, rief der Fremde das Doppelfenster zur Wohnung heraus, schlug das zweite Fenster ein und trat mit dem Revolver in der Hand ein. Der alte Turich, ein Mann von 70 Jahren, stellte sich ihm in den Weg, erhielt aber drei Schrotkugeln, die ihn indes nicht schwer ver wundeten. Auch die Frau wurde bedroht. Sie mußte ruhig zusehen, wie der Räuber die Kommode ausräumte und den Schlüssel zum Gefängnis suchte. Nachdem er ihn gefunden und gegen 400 Mark erbeutet hatte, stellte sich Turich ihm noch einmal in den Weg und rief ihm die Mäcke vom Gesicht, hatte aber nicht so viel Kraft mehr, den Unhold zu übermächtigen. Der sechsjährige Sohn Curt des Mühlenspeichers Turich hatte den Mut, aus dem Hause zu entfliehen und den anwohnenden Nachbarn Sonnenberger zur Hilfe zu rufen. Leider kam dieser etwaige Minuten zu spät.

Zu gleicher Zeit erkündete die Sturmflut im Orte. Die neue und alte Schanze auf Reiss Gehöft mit Drehschiffen und vielen Ackergeräten, sowie die Stallgebäude — alle mit Stroh- und Heuvorräten gefüllt — standen in hellen Flammen und wurden auch deren Raub. Die herbeigekommenen Feuerwehren von Jöhrendorf, Räden, Gießhlich, Kamfisch, Rößlich und Brechna vermochten wenig auszurichten. Sie hatten nur dafür zu sorgen, daß die anliegenden Gebäude erhalten blieben. Man nimmt mit Recht an, daß das Verhängnis von demselben Fremden vorher angezündet ist, der den Raubzug bei Turich ausgeführt hat.

### Eisenbahn Mansfeld—Wippra.

**Mansfeld, 20. April.** In der heutigen Sitzung des Kreistages machte Landrat v. Saffel folgende Mitteilung: Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten habe die speziellen Vorarbeiten für den Bahnbau der Wippraalbahn und die landespolizeiliche Prüfung dieser Vorarbeiten im Jahre 1910 angeordnet. Ferner hätten die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen die Einhellung der zum Bau dieser staatlichen Nebenbahn erforderlichen Mittel für das Etatsjahr 1911 in Aussicht gestellt. Mit dem Bau der Bahn wird aller Voraussicht nach im Jahre 1911 begonnen.

### Die Steuerzuschläge.

**Magdeburg, 20. April.** Dieses Jahr werden erhoben: 180 Proz. zur Gemeindefiskussteuer, 200 Proz. zur Gemeindefiskussteuer, 100 Proz. zur Betriebssteuer, 3/40 % des gemeinen Wertes der Grund- und Gebäudesteuer.

### Schillerdenkmal.

**Leipzig, 21. April.** Der Schillerverein hier selbst beschloß die Errichtung eines Schillerdenkmals in Leipzig.

### Ordensverleihungen in der Provinz.

Es erhielten Regierungsrat Hermann Voelfler zu Erfurt den Roten Adlerorden 4. Klasse, Regierungsbaumeister Rudolf Meißbach, Assistent Gustav Salzer, Oberbaumassistent Rüdiger Geismann, alle zu Erfurt, den Königl. Kronenorden 4. Kl., der Maurerpolier Louis Blumenstein das Allgemeine Ehrenzeichen.

**† Weihenfels, 20. April.** (Ueber die Thüringer Konferenz für innere Mission.) die gestern zu Ende ging, ist noch mitzuteilen: In der am 10. Uhr beginnenden Versammlung hielt nach einer biblischen Ansprache des Generalsuperintendenten D. Jacoby in Magdeburg und nach den Begrüßungen seitens der höchsten und städtischen Behörden, sowie des Zentralauschusses für innere Mission der Generalsekretär der deutschen Sittlichkeitsvereine, Privatrat Bohne-Wilgenhense, den Hauptvortrag über „Amoralische Moral, die sogenannte neue Moral und die restitutionsfähige gute alte Moral“ und richtete einen warmen Appell an die Versammlung, gegenüber der heutigen Schäden der Ehe, Unehelichkeit und Prostitution, gegenüber der sogenannten Herrenmoral das Heiligum der Ehe und der Familie unserem Volke zu erhalten. Gegen 1 Uhr schloß Realschulamtsdirektor Professor Dr. Jange. Erfurt die Konferenz mit Dankesworten und Segenswünschen. Ein gemeinsames Mittagsmahl vereinte darauf noch eine größere Anzahl der Festteilnehmer.

**Leipzig, 20. April.** (Ein italiensisches Zwillingsspaar.) Hier erblühte ein „italienisches“ Zwillingsspaar männlichen Geschlechts das Licht der Welt, das bei der Geburt verstarb. Es war in der Mitte des Leibes bis zu den Hüften zusammengewachsen. Der gemeinsame Rumpf zeigte 4 Arme, 2 Hüfte, 2 Köpfe, 2 Unterkörper und 4 Beine. Die Unnormität wurde der Universität Leipzig zugeführt.

**† Magdeburg, 20. April.** (Rote Radlerinnen.) Unter Straßenbild wird neuerdings durch eine bisher noch unbekannte Art der Verkehrsmittelvermittlung gelebt. Es sind rote Radlerinnen, die schnell auf ihren Rädern durch die Stadt dahinjollen. Wie ihre männlichen Kollegen übernehmen sie alle möglichen Befehls-, Aufsicht- und Befehlungen und erledigen sie in größter Eile und pünktlich.

**× Magdeburg, 20. April.** (Der nicht.) Der Telephonangehörige Hermann Voigt, 1899 zu Kl. Witterfeld geboren, hat sich am 15. d. M. nachts infolge von Nervenüberreizung durch Ueberarbeitung von hier heimlich entfernt und wird planlos umherzirkeln. Er ist etwa 1,83 Meter groß und war bei seinem Fortzuge mit schwarzem, steifem Hut (im Futter die Buchstaben H. V.), dunklem Winterüberzieher, dunkelm Jacketanzug und Schnallstiefeln bekleidet. Er wird etwa 150 Mark bei sich gehabt haben. Die Polizeibehörde ersucht, ihm im Betretungsbereich schonend anzuhaken und der Kriminalpolizei Nachricht zu geben. Unkosten werden erlassen.

**Leipzig, 19. April.** (Kochische Nachzüg.) Eine getrigerte Zieselochschinke des Herrn Masch hier brachte 17 lebende Junges zur Welt, eine Zahl, wie sie bei dieser Tiergattung sonst wohl kaum vorkommt.

**Erfurt, 20. April.** (Ein Rindaufseher.) auf der es recht lustig zugeht, erfuhr eine jäh Unterbrechung. Man war gerade dabei, dem braunen Gefährten tüchtig zuzusprechen, als der Gendarm erschien und der Freude ein Ende machte. Er beschlagnahmte das Maß Bier, das sich herausgestellt hatte, daß dieses am Mittwoch dem Gastwirt Fischer... gestohlen worden war.

**Erfurt, 20. April.** (Müllertag.) Der Thüringer Zweigverband Erfurt vom Verband deutscher Müller hofft am 25. April seine Generalversammlung im „Europäischen Hof“ zu Erfurt ab. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Fragen.

**— (Mordhau.)** (Im Getriebe der Mühl.) Der sechsjährige Sohn der Witwe Hübn in Wilsleben wurde seit Sonnabend vermißt. Jetzt, als die Mühle reinigt, wurde der Knabe tot und zerstückelt unter dem Getriebe gefunden. Ohne daß jemand es bemerkte, ist der Knabe in die Mühle gelangt, ist dem Getriebe zu nahe gekommen, von ihm erfaßt und todtgewürgt worden.

**Bernburg, 21. April.** (Konfessionelle und National-liberale.) Der Vorstand des Zentrums der Konfessionellen für Stadt und Kreis Bernburg beschloß gestern nachmittag, dem hiesigen Nationalliberalen Verein für dessen Einladung zu seinem 25. Stiftungsfeste, bei dem u. a. Reichstagsabgeordneter Kaisermann sprechen wird, beizutreten, zugleich aber zu erklären, der Vorstand sehe sich zu seinem Bedauern veranlaßt, wegen der unzulässigen Haltung der nationalliberalen Fraktion des anhaltischen Landtages zu den Angriffen des Abgeordneten Prof. Dr. Reinhardt auf die Konfessionellen und wegen der Beschuldigung, der Vorstand des Konfessionellen Vereins habe einen Freiwortbrief des Nationalliberalen Vereins Sammlertag Dr. Noack mißbräuchlich benutzt, der seiner offiziell fernzubleiben.

**— Köthen, 20. April.** (Seimatmuseum.) Die zum Besehen des Seimatmuseums erfolgte diesmalige Auf-führung des Waidenspiels „Rabensteinerei“ durch hiesige Schülertanten brachte insgesamt eine Einnahme von 178,55 Mark ein.

**— Jersch, 19. April.** (Drei Einbrüche.) wurden hier in vergangener Nacht verübt. Der geüblichen „Arbeit“ zufolge muß man auf mehrere Tische klüppeln, die den Wänden des Zimmers Engländer und Kaufmanns Friedrich Dango an der Breiten Straße sowie des Konsumvereins an der Breite Straße abstützen und jedesmal in verstellter Weise vorgehen, indem sie die Fenster-schrauben öffnen und mit ihren Fingern die Tür öffnen. Geübtere Mißbe-machte ihnen der Einbruch in die Verkaufsräume des Konsumvereins. Dafür war aber die Beute um 100 Mark. Den Tätern fielen 300 bis 400 Mark Bargeld in die Hände. An allen drei Orten waren die Diebstahlsur nicht festgestellt und geschickt zu Werke gegangen, daß kein Selbstmörder auch nur das mindeste hörte.

**(?) Braunshweig, 20. April.** (Der Ankauf von 50 Ibs Garten.) durch die Aktiengesellschaft Kruses Wilsheimgarten und Brünings Saalbau ist, nachdem nochmals eine Sitzung der in Betracht kommenden Gesellschaften des-halb stattgefunden hat, gestern abend perfekt geworden. Der Kaufpreis beträgt 410 000 Mark. Die Aktiengesellschaft übernimmt das Etablisement dort.

**— Förderkredit, 20. April.** (Die Belohnung.) Ein Bierknecht verpackte zwei Herren dem Daubedemeister A., falls er ihnen einen unwillkürlichen Vortrag leiste, ihm das dem Gastwirt Droste gehörige Tafelfleisch zu kaufen. Als Preis wurden 50 Mark festgesetzt. A. ließ sich auf die Sache aber nur ein unter der Bedingung, daß die Herren ihm ihr Versprechen schriftlich gaben. Hätte man die Sache immer noch als Spaß aufgefaßt, so bewies die nach einigen Tagen von A. eingereichte Klage, daß ihm die Einlieferung seines Kolnes bitter Ernst ist. Somit wird nun das Gericht darüber zu entscheiden haben, ob die Forderung des A. berechtigt ist oder nicht.

**Eisenach, 20. April.** (Einzug des Großherzogspaares.) Mittwilsch 12 Uhr 54 Minuten trat der Großherzog mit seiner Gemahlin mit Gesolge ein. In Hülfszimmer des Bahnhofs wurde das Großherzogliche Paar vom Bezirksdirektor Trautwetter begrüßt. Dann erfolgte unter dem Jubel der Bevölkerung der Einzug in die festlich ge-schmückte Stadt. Am Nicolaitor empfing der Bürgermeister Sartmann das Großherzogspaar. Der Vorherrsche des Gemeinderates Justizrath Dr. Merck überreichte der Großherzogin einen Rosenkranz. Im Stadtschloß fand ein Fest-diner statt. Um 4 Uhr nachmittags begaben sich die Großherzoglichen Herrschaften zur Grundsteinlegung des Armen-asyls, und darauf sofort zur Markburg, wo sie für einige Tage Aufenthalt zu nehmen gedenken.

**(.) Weina, 20. April.** (Feuer.) In Unterpeinendorf brach in dem Stallgebäude des Jahnigen Gutes Feuer aus. Der herrschende Sturm entzündete das Feuer, daß auch das benachbarte Versteckte Gut alsbald in Flammen stand. Beide Wohngebäude und auch die neugebauten Wirtschaftsgebäude wurden eingeschert. Nur das Großvieh konnte gerettet werden, das übrige Vieh und bedeutende Getreidevorräte verbrannten. Wagen, die landwirt-schaftlichen Maschinen und dergl. wurden vom Feuer vollständig zerstört. Dem Gutsbesitzer Jahn ging eine große Summe Geldes, die nicht mehr aus den Klammern gerettet werden konnte, verloren.

**Kassel, 20. April.** (15 000 Mark untergeschlagen.) Der Reisende Kidel von der hiesigen Aktienbrauerei wurde nach Untergeschlagung von 15 000 Mark verhaftet.

## Vermischtes.

### Ein Portwein-Krieg.

Ein Kampf zwischen „Feuer und gut“ und „Billig und schlecht“ tobt gegenwärtig zwischen den portugiesischen Provinzen nördlich des Douro, wo der beste und teuerste Portwein wächst, und den südlichen Provinzen, die die billigeren, schlechteren Sorten liefern. Weinbändler im Süden mußten die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen und fälschten ihre Weine, die sie dann als teure Portweine auf den Markt bringen.

Kritisch sollte eine größere Sendung auf diese Weise erzeugten „echten“ Portweins in einer kleinen Station am Douro eintriften. Die Nachricht verbreitete sich schnell. Die Kaufleute der Küsterglücken in fundumgebung umliegenden Dörfern lösten Sturm, und über tausend mit Flinten und Äxten bewaffneten Männer marschierten gegen die Station. Die Angestellten der Bahn wurden vertrieben. Dann taten die Leute die Weinläufer aus und warfen sie über die Fenster. Tausende von Litern rubinroter Flüssigkeit ergossen sich in den Douro, der bald wie ein Blutstrom sich dahin wälzte. Nach der Tat zogen die Leute wieder friedlich ab und brachten Hochrufe auf den echten Portwein aus.

**Tragisches Ende eines deutschen Liebespaars in Italien.** Am Ufer von San Giuliano wurde die Leiche eines etwa 25 Jahre alten

Mannes angebracht; hinter erkrankte man an verheerenden Eitlen dem Besahnen einer elegant gekleideten, jungen, hübschen Frau. Die Polizei stellte aus Karren, die bei den Leichen gefunden wurden, fest, daß es sich um ein deutliches Liebespaar handelte, doch waren die Schriftstücke über die Personen der Toten keinen Aufweis. An beiden wurden tödliche Schußwunden entdeckt. Der Selbstmörder hatte sich in der Weite abgesetzt, daß der Mann zuerst seine Begleiterin erschloß und sie ins Meer warf, worauf er sich selbst erschloß. Dabei hatte er sich so aufgelöst, daß er in die Fäusten färgen mußte. Der deutsche Konsul in Genua wurde von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt.

**Selbstmord im Kaufh.** Von einem Personengut der Altona-Kaltenfeldeener Bahn wurde zwischen Hasloh und Bönningsteden der Arbeiter Lüders von der Lokomotive erfaßt, zwischen die Schienen geworfen und auf der Stelle getötet. Der Lokomotorführer sah schon aus einiger Entfernung den hart angetrunkenen Lüders auf der Straße hin- und herlaufen und gab wiederholt Warnungssignale ab. Als der Zug sich dem Lüders auf einige Schritte genähert hatte, trat er an das Gleis heran. Während der Lokomotivführer sofort die Bremsen anlegte, warf sich Lüders vor die Maschine und wurde direkt von der Maschine erdrückt. Post eine Stunde war erforderlich, um die in die Leiche eingeklemmte Leiche heraus-zubekommen. Lüders hat sich zweifellos in selbstmörderischer Weise überfahren lassen. Er hinterließ eine Frau mit fünf Kindern. Schon bevor der Zug zu sehen war, hatte er zwischen den Schienen gelegen und konnte nur mit vieler Mühe daraus entfernt werden.

## Letzte Nachrichten.

### Der Hansabund und die französischen Zoll-erhöhungen.

**M. Weh, 21. April.** Der Hansabund für den Bezirk Vöhringen hat gegen die französischen Zollserhöhungen folgende Resolution angenommen:

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie für Vöhringen verlangt Sicherung des deutschen Exporthandels gegenüber den Zollserhöhungen, welche in einer großen Zahl von Staaten gegen Deutsch-land eingeleitet worden sind, um den deutschen Export-handel und damit alle Kreise für Handel, Gewerbe und Industrie und die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches auszuhebeln zu schädigen. Nachdem die Handels-beziehungen zu Mexiko, Portugal, Bolivien neuerdings in einer Weise geregelt worden sind, welche durchaus den vollen Weisfall der deutschen gewerbetreibenden Stände gefunden haben, stehen handelsvertragsmäßige Verhandlungen mit Schweden und Japan bevor, die beson-dere Aufmerksamkeit und Energie unserer leitenden Stellen erfordern. Im Anschluß an das rüchligste Vor-gehen der französischen Politik, die ohne das Wohlwollen der harten Zollserhöhungen erlangt worden werden, sogar ohne Uebergangsfrist zwei Tage nach der Beschlußfassung der Deputiertenkammer die Zollserhöhungen in Kraft treten ließ, fordert der Hansabund, daß gegen-über Staaten, welche gegen das Deutsche Reich ihre Zölle erhöhten, im Rahmen des geltenden Zollrechtes ebenfalls in vorläufiger Weise Erhöhungen unserer Zölle eingetreten werde.

### Kündigung der Aussperrungen.

**H. Münder, 21. April.** Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in hiesigen Baugewerbe hat sich in den letzten Tagen bedeutend verringert. Heute sind noch 19 Maurer hier ausgesperrt; in den Vororten 33. Mehrlich ist die Lage bei den Bauhilfsarbeitern und den Zimmer-leuten. Der harte Kündigung der Aussperrungen ist daran zurückzuführen, daß zahlreich Bauherren die Arbeiter, die von den Bauhilfsarbeiten ausgesperrt wurden, wieder einstell-ten und die Arbeiten in eigener Regie mit Hilfe der Polizei weiterführen.

### Erdbeben.

**H. Jagenheim a. d. Bergstr., 21. April.** Gestern abend (zwischen elf und zwölf Uhr) wurde ein schwaches Erdbeben registriert. Die Entfernung wurde auf 700 bis 800 Kilo-meter geschätzt.

### In Albanien herrscht Ruhe.

**Salonik, 21. April.** Alle hier eintreffenden offiziellen und privaten Nachrichten bestätigen, daß nunmehr in ganz Albanien völlige Ruhe herrscht. Seit acht Tagen sind keinerlei Zusammenstöße mehr gemeldet worden. Zwischen den Armaten und den Truppen haben seit einer Woche die Schärfe gänzlich aufgehört. Die wenigen Armaten, welche sich bisher weigerten, die Waffen abzugeben, haben sich nunmehr auch eines Besseren besonnen und sind gewillt, sich zu unterwerfen. Sie stehen in Unterhandlungen mit den Truppenkommandanten.

### Deutsche Industrie in Montenegro.

**Cettinje, 21. April.** Die montenegrinische Regierung hat einer reichsdeutschen Gesellschaft die Versorgung der Stadt Cettinje mit elektrischem Licht übertragen. Das Elektrizitätswerk wird an dem Ufer des Rietafalles errichtet, um die Wasserkraft desselben auszunutzen. Außerdem wird diese Gesellschaft auch den Bau der elektrischen Eisenbahn nach Danilowgrad und Rieta erhalten.

### Unterhaltungsblatt.

Der bekannende Berg. Von Hans Strobl. (Fort.) — Zehrpfeiler. Aus der Gannepreis von Erich Falter. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Böckmann; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Interaktiven: Friedrich Endruat; Druck u. Verlag von Otto Henschel. — Alle Nummern umfassen 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.



